

IGPB-Stellungnahme

zur Einführung des Pflichtfachs „Digitale Grundbildung“ in der Sekundarstufe 1

Mit Beginn des Schuljahres 2022/23 wurde von Seiten des Bildungsministeriums die Einführung des neuen Pflichtfachs „Digitale Grundbildung“ verordnet. Nach einem Semester sieht sich die Interessengemeinschaft Politische Bildung (IGPB) dazu veranlasst, hierzu kritisch Stellung zu beziehen.

Die Beschäftigung mit dem gesellschaftlichen Wandel durch die immer dynamischer werdende Digitalisierung sollte zu einem wichtigen Bestandteil der schulischen Bildung in Österreich gehören. Der längst abgeschlossene Wandel von einer Industrie- bzw. Dienstleistungsgesellschaft zur Informationsgesellschaft rückt den Umgang mit der Ressource „Wissen“ in den Fokus. Die Verarbeitung von Daten, digitale Innovationen, der Einsatz sowie die digitale Zusammensetzung von Wissen sind zu den zentralen Faktoren von Machtausübung geworden.¹ Die Entstehung von Macht und Herrschaftsverhältnissen stellen zentrale Konzepte der Politischen Bildung dar und sollten in Zusammenhang mit Digitalität in den Unterricht einfließen, zumal diese beiden Themen untrennbar miteinander verbunden sind.

In der Medienpädagogik weiß man, dass es im Unterricht nicht nur um die Beschäftigung *mit* Medien gehen sollte, sondern vor allem darum, was Menschen *mit Medien machen* und wie sie diese aktiv für ihre Zwecke, jedoch ohne Gefährdung ihrer selbst oder anderer in den Gebrauch nehmen (können).² Dazu gehört auch die Vermittlung (menschen)rechtlicher Zusammenhänge. Der Europarat hat dazu das Konzept der „Digital Citizenship Education“ ausgearbeitet, in dem diese Ansätze berücksichtigt werden.³ Entsprechende Ansätze finden sich auch in der Politikdidaktik.⁴

All das hier Angeführte leistet das neu eingeführte Schulfach jedoch nicht. Der informatische Schwerpunkt und die größtenteils unreflektierten Zugänge dieses Lehrplans sind offensichtlich. Von insgesamt 72 Kompetenzbeschreibungen für die vier Jahre, umfassen höchstens 23 (das entspricht lediglich 32 Prozent) soziale, menschenrechtliche, ökologische Aspekte. Deutlich weniger zielen auf eine kritische Reflexion der Digitalisierung ab.

¹ Weisband, Marina (2021): 5 Thesen zur Digitalen Bildung, abrufbar unter: <https://marinaweisband.de/5-thesen-zur-digitalen-bildung/> (24.11.2022)

² Narr, Kristin (2020): Medienpädagogische Räume für die politische Bildung. Wie Medienpädagogik und politische Bildung zusammengehören, in: Journal für politische Bildung 10 (2), S. 28-33.

³ Council of Europe (2022): Digital Citizenship Education Handbook, abrufbar unter: <https://rm.coe.int/prems-003222-gbr-2511-handbook-for-schools-16x24-2022-web-bat-1-/1680a67cab>

⁴ Barsch, Sebastian; Lutter, Andreas; Meyer-Heidemann, Christian (2019): Fake und Filter. Historisches und politisches Lernen in Zeiten der Digitalität, Frankfurt/Main. Oder auch Gapski, Harald; Oberle, Monika; Staufer, Walter (2017): Medienkompetenz. Herausforderung für Politik, politische Bildung und Medienbildung, Bonn.

Bei den Anwendungsbereichen ist das Missverhältnis noch offensichtlicher: Insgesamt werden 43 Bereiche genannt, von denen wiederum nur acht (18 Prozent) die Reflexion gesellschaftlicher Auswirkungen der Digitalisierung berücksichtigen. Im einzigen am Markt befindlichen Schulbuch⁵, das von Seiten des BMBWF approbiert wurde, finden sich die Bereiche mit gesellschaftlicher Bedeutung fast gar nicht mehr. Die Gestaltung des Lehrplans wirkt willkürlich, da Inhalte und Kompetenzbeschreibungen kaum eine Trennung erkennen lassen. Einige Kompetenzbereiche werden angeführt, ohne dazu passende Anwendungsbereiche zu definieren.

Die größten Probleme sind jedoch nicht von struktureller oder formaler Bedeutung, sondern von inhaltlicher. In Zeiten, in denen Jugendliche sich über politische Themen größtenteils in den Social Media informieren, wäre dieser Zugang einer von vielen notwendigen eines entsprechenden Unterrichtsfachs. Im Jahr 2020 bezogen 40 Prozent der Jugendlichen mehrmals pro Woche politische Informationen über Social Media, 35 Prozent über Internetseiten und 16 Prozent über YouTube.⁶ Aus Sicht der Politischen Bildung wäre es eine absolute Notwendigkeit, diesen Informationskonsum zu thematisieren, zu analysieren und kritisch zu reflektieren.⁷

Die Reflexion der politischen und gesellschaftlichen Dimensionen von Datenkapitalismus, Machtkonzentration im digitalen Raum oder digitaler Desinformation zählt zu den wichtigsten Bildungsaufgaben der Gegenwart. Schüler:innen sollten in einem entsprechenden Schulfach lernen, die Informationen und deren Kontexte zu prüfen, um z.B. Hate Speech und Fake News zu erkennen und zu dekonstruieren bzw. gegebenenfalls auch melden zu können.

Ebenso wichtig erscheint die Aufgabe, jungen Menschen differenzierte und faktenorientierte Wissensangebote vermitteln zu können. Dies ist für die Auseinandersetzung mit der digitalen Dimension von Politik von fundamentaler Bedeutung. Populistische, leicht verständliche und oft ausgrenzende oder diskriminierende Meldungen werden über das Netz lanciert und vermitteln jungen Menschen den Eindruck, dass es immer „leichte“ und „einfache“ Lösungen gibt.

Auf all diese Problemfelder geht der Lehrplan des neuen Unterrichtsfachs „Digitale Grundbildung“ jedoch nicht ein. Die IGPB fordert daher eine Überarbeitung des Lehrplans unter Berücksichtigung des österreichischen Kompetenz-Strukturmodells Politische Bildung sowie des Grundsaterlasses Politische Bildung. Dann könnte ein solches Fach ein wichtiger Beitrag für ein umfassendes Verständnis der Digitalisierung als auch für den Aufbau eines reflektierten Politikbewusstseins und der Persönlichkeitsbildung sein. Der vorliegende Lehrplan leistet dies jedoch nicht.

Der Vorstand der IGPB

⁵ Fikisz, Walter (2020): vernetzt – Digitale Grundbildung, Graz

⁶ Heinz, Janine; Zandonella Martina (2020): Junge Menschen und Demokratie in Österreich 2020, abrufbar unter: <https://www.demokratiemonitor.at/wp-content/uploads/2021/03/2020-SORA-Bericht-Parlament-Junge-Menschen-und-Demokratie.pdf> (20.11.2022)

⁷ aus unterrichtspraktischer Sicht z.B. Hummer, Robert; Mattle, Elmar; Mörwald, Simon (2022): Politisches Lernen mit digitalen und analogen Bildmedien. Praxisvorschläge für einen zeitgemäßen Politikunterricht, Salzburg.